

34/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Helmut Kohl: Die Zeit ist reif für eine dauerhafte Aussöhnung

Bundeskanzler Helmut Kohl ist bei der Gedenkstunde des Bundes der Vertriebenen (BdV) „Vierzig Jahre Arbeit für Deutschland — die deutschen Heimatvertriebenen“ anlässlich des „Tages der deutschen Heimatvertriebenen“ am 21. Oktober in Bonn noch einmal auf das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen eingegangen und hat die staats- und völkerrechtlichen Grundlagen seiner Deutschland- und Ostpolitik erläutert. Ausgehend von der Schlüsselrolle, die er den deutsch-polnischen Beziehungen zuwies, erklärte Kohl:

Im Europa der Zukunft muß es vor allem um Selbstbestimmung und Menschenrechte gehen, um Volkssouveränität und nicht um Grenzen oder um Hoheitsgebiete — wie ich vor über vier Jahren vor dem Deutschen Bundestag erklärt habe. Denn — so fuhr ich damals fort — nicht souveräne Staaten, sondern souveräne Völker werden den Bau Europas dereinst vollenden.

Ganz in diesem Sinne heißt es in der gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 — ich zitiere —: „Mit der Forderung auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts erhebt die Bundesrepublik Deutschland keinen Gebiets- oder Grenzänderungsanspruch.“

Wir können und wir wollen keine Rechtspositionen verändern. Es bleibt bei den bekannten und unbe-

(Fortsetzung Seite 3)

HEUTE AKTUELL

● Urteil

Gerhard Stoltenberg: Ich werde mich für einen wirksamen Ehrenschutz der Soldaten einsetzen. Seite 4

● Kriminalität

Bundeskanzler Helmut Kohl: Skrupellose Rauschgifttäter müssen mit gebotener Härte zur Verantwortung gezogen werden. Seite 6

● Wahlverhalten

Viel Verdruß und wenig Ideologie. Erkenntnisse über die Wähler der Republikaner. Seite 13

● Wohnungsbau

Horst Waffenschmidt: Wie der Wohnungsbau weiter gefördert werden kann. Seite 18

● Konjunktur

Auch 1990 ist wieder mit 300 000 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen. Seite 21

● Dokumentation

Die Reden von Václav Havel und André Glucksmann in der Frankfurter Paulskirche. Grüner Teil

Wegen des Feiertags in der nächsten Woche erscheint der nächste UID erst wieder am 9. November 1989.

Kommunalwahlen: Mandatsverteilung*

Kreistagswahlen	1989		1984		Diff. % 89/84
	Anzahl	%	Anzahl	%	
CDU	774	40,5	848	44,8	-4,3
SPD	460	24,1	449	23,7	+0,4
Grüne	144	7,5	151	8,0	-0,5
FDP/DVP	71	3,7	62	3,3	+0,4
REP	25	1,3	—	—	+1,3
Andere Parteien ²⁾	8	0,4	1	0,1	+0,3
Gemeinsame Vorschläge ³⁾	46	2,4	81	4,3	-1,9
Wählervereinigungen	382	20,0	302	15,9	+4,1

Gemeinderatswahlen	1989		1984		Diff. % 89/84
	Anzahl	%	Anzahl	%	
CDU	5817	30,5	6341	33,9	-3,4
SPD	3536	18,5	3327	17,8	+0,7
Grüne	485	2,5	447	2,4	+0,1
FDP/DVP	277	1,5	226	1,2	+0,3
REP	48	0,3	—	0,0	+0,3
Andere Parteien ²⁾	26	0,1	16	0,1	0,0
Gemeinsame Vorschläge ³⁾	1036	5,4	1188	6,4	-1,0
Wählervereinigungen	7865	41,2	7150	38,2	+3,0

* Zwischenergebnis nach dem Stand 25. Oktober 1989 (1 102 der 1 109 Gemeinden; 30 der 35 Landkreise des Landes)

²⁾ Andere Parteien sowie gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien

³⁾ Gemeinsame Wahlvorschläge von Parteien und Wählervereinigungen

Günstige Entwicklung der Steuereinnahmen

In den Monaten Januar bis September 1989 gingen bei Bund und Ländern +10,2 v. H. oder 32,6 Mrd. DM mehr Steuereinnahmen ein als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dies ist die kräftigste Steigerung bei den Steuereinnahmen seit 1977.

Im Unterschied zu damals ist die Entwicklung diesmal vor allem das Ergebnis eines dynamischen wirtschaftlichen Aufschwungs, flankiert vom Steuersenkungsprogramm der Bundesregierung. Vor 12 Jahren wurde dagegen mit einer Steuerquote von 25 v. H. ein Rekord in der

Steuerbelastung realisiert. Die spürbar verstärkte wirtschaftliche Entwicklung findet auf breiter Front ihren Niederschlag bei den Steuereinnahmen: Dies gilt für die Lohnsteuer, bei der die kräftige Zunahme der beschäftigten Arbeitnehmer sowie höhere Effektivlöhne für Mehraufkommen sorgen; dies gilt für Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie Gewerbesteuer.

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, **Friedrich Voss**: Die Entwicklung dokumentiert den Erfolg der Finanzpolitik der Bundesregierung. Die Eckpfeiler dieser neuen Grenzziehung zwischen Staat und privater Wirtschaft sind dauerhafte Ausgabenbegrenzung, Steuerreform und Steuerentlastung.

Helmut Kohl: Die Zeit ist reif für eine dauerhafte Aussöhnung

(Fortsetzung von Seite 1)

streitbaren staats- und völkerrechtlichen Grundlagen unserer Deutschland- und Ostpolitik. Dazu gehört — *pacta sunt servanda* — selbstverständlich auch, daß wir festhalten an Buchstaben und Geist des Warschauer Vertrages in allen — ich betone in allen — seinen Teilen.

In diesem Vertrag „bekräftigen“ die Bundesrepublik Deutschland und Polen — ich zitiere — „die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden“.

Gleichzeitig stellen beide Seiten fest, dieser Vertrag berühre „nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen“. Jeder von uns weiß — und doch muß man es immer wieder öffentlich sagen, weil es sonst vergessen wird —, daß wir noch keinen Friedensvertrag haben. Das ist eine Tatsache, die wir weder verschweigen wollen noch verschweigen dürfen.

Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung, die nicht von einzelnen Mächten diktiert wird, sondern die von den Völkern Europas in freier Selbstbestimmung eigenhändig gestaltet wird. Das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung ist in der Charta der Vereinten Nationen anerkannt. Wer unsere Forderung nach Verwirklichung dieses Rechts auch für alle Deutschen als „Revanchismus“ diffamiert, der stellt sich also in Wahrheit gegen das Grundgesetz der Völkergemeinschaft.

Gerade weil wir geltendes Recht nicht als „Formelkram“ abtun, wissen wir um unsere Verantwortung für den Frieden Europas und für das Wohl seiner Menschen sowie um unsere Pflicht, jede Chance zur Aussöhnung beherzt zu ergreifen. Ganz in diesem Sinne habe ich am 27. Februar 1985 in meinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland vor dem Deutschen Bundestag erklärt: „In den Gebieten jenseits der polnischen Westgrenze leben heute polnische Familien, denen diese Landschaften in zwei Generationen zur Heimat geworden sind. Wir werden dies achten und nicht in Frage stellen.“

1989 ist für Polen, Deutschland und Europa ein Jahr von schicksalhafter Bedeutung. Ende August wurde mit Tadeusz Mazowiecki der erste nichtkommunistische polnische Ministerpräsident der Nachkriegszeit gewählt. Sein Kurs — Demokratie und Wirtschaftsreformen im Innern, Öffnung nach außen — schafft auch für die deutsch-polnischen Beziehungen neue, tragfähige Grundlagen.

Ich bin mir mit Ministerpräsident Mazowiecki einig, gerade in diesem Jahr einen Durchbruch zu erzielen. Die Zeit ist reif für eine Verständigung, nach Möglichkeit sogar für eine dauerhafte Aussöhnung zwischen unseren beiden Völkern. Ein solches Werk des Friedens schulden wir gerade den jungen Menschen, die in guter Nachbarschaft und Freundschaft miteinander leben wollen. Die Zusammenarbeit muß umfassend ausgebaut und intensiviert werden.

■

Gerhard Stoltenberg:

Ich werde mich für einen wirksamen Ehrenschatz unserer Soldaten einsetzen

Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg hat seine Bestürzung über das Urteil des Landgerichts Frankfurt zum Ausdruck gebracht:

„Ungeachtet des heutigen Urteils stelle ich fest: Wer Soldaten als potentielle Mörder bezeichnet, stellt den Rechtsfrieden in Frage. Er verletzt die Menschenwürde von rund 500.000 zur Zeit dienenden und vieler Millionen ehemaliger Soldaten unserer Bundeswehr. Dies hat mit meinem Verständnis von einem friedlichen Zusammenleben in einer Gemeinschaft, die unsere Bundeswehr zu verteidigen hat, nichts zu tun. Ich verurteile daher derartige menschenverachtende Äußerungen auf das Schärfste.

Bedauerlich ist, daß nach der Auslegung des geltenden Rechts durch das Landgericht Frankfurt, der die Bundeswehr als Nebenkläger mit aller Entschiedenheit und dankenswerter Weise ebenso klar die Staatsanwaltschaft entgegengetreten war, solch ehrenrührige Äußerungen ungestraft bleiben sollen. Ich werde mich mit allem Nachdruck für einen wirksamen Ehrenschatz der unserem Staat dienenden Soldaten einsetzen, sei es durch eine höchstrichterliche Rechtsprechung oder erforderlichenfalls auch durch eine Änderung des zur Zeit möglicherweise unzureichenden Rechts.

Soldaten der Bundeswehr sind keine potentiellen Mörder, sie haben vielmehr die Pflicht übernommen, notfalls unter Einsatz ihres eigenen Lebens Frieden und Freiheit und Freiheit aller Bürger, auch von Ärzten und Richtern, zu verteidigen.“

Zum Urteil der 29. Frankfurter Strafkammer erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Bernd Wilz:**

„Das Urteil ist von weitreichender gesellschaftspolitischer Bedeutung. Jeder, der bisher die Rechtmäßigkeit des verfassungsmäßigen Handelns der Soldaten anerkannte, muß nun sein Rechtsbewußtsein in Frage stellen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bedauert das erschreckende Urteil und stellt sich auch künftig vor die Soldaten der Bundeswehr. Sie wird alles in ihren Möglichkeiten stehende tun, um Soldaten und Angehörige der Reserve vor weiteren Diffamierungen zu schützen.“

Fritz Wittmann, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Das Urteil muß aufgehoben werden!“

Kommentare

Politisches Urteil

Wer die Soldaten der Bundeswehr, die einen Verfassungsauftrag erfüllen, pauschal und fern jeder Differenzierung als potentielle Mörder diffamiert, beleidigt sie in schlimmster Weise. Er unterstellt 500 000 Menschen dieser Gesellschaft und Millionen ehemaligen Bürgern in Uniform eine latente Kriminalität, die im qualifiziertesten Tatbestand des Totschlags strafrechtlich definiert ist. Kein anderer Paragraph umfaßt ein ähnliches Ausmaß an moralischer Verwerflichkeit.

General-Anzeiger, Bonn

Alfred Dregger: Schlimmes Fehlurteil

Wer Soldaten als „potentielle Mörder“ bezeichnet, diskriminiert nahezu die gesamte junge Generation unseres Volkes. Er beleidigt die Väter und Mütter des Grundgesetzes. Er diskriminiert gleichzeitig das freigewählte Parlament und die von ihm eingesetzte freie Regierung, unter deren Befehl die Bundeswehr steht.

Der Auftrag der Bundeswehr ist es niemals und unter keinen Umständen zu morden, ihr Auftrag ist es auch nicht, einen Angriffskrieg zu führen. Ihr Auftrag ist, einen potentiellen Angreifer vom Krieg abzuhalten.

Diesen Auftrag hat die Bundeswehr erfüllt. Dafür danken wir unseren Soldaten. Die Bundeswehr ist das unentbehrliche Instrument unserer Friedenspolitik.

Ich hoffe, daß gegen das schlimme Fehlurteil von Frankfurt Revision eingelegt wird und diese Erfolg hat.

Sind also die 500 000 jungen Männer in Uniform, die ihre Ausbildung verschieben, ihr Studium unterbrechen, für unsere Sicherheit auf so vieles verzichten — sind sie potentielle Mörder?

Bild

*

Es läuft einem kalt den Rücken herunter, wenn man die abstrusen Urteilsbegründungen der Frankfurter Richter vernimmt. Die umstrittene Behauptung sei schon deshalb nicht ungerechtfertigt, weil ein künftiger Krieg unweigerlich mit der Massentötung unschuldiger Zivilpersonen verbunden wäre. Doch wie beurteilen diese höchst sonderbaren Juristen das Wirken von Soldaten, die allein durch ihre Präsenz, ihre unentwegte Kampfbereitschaft mitten im Frieden gerade dazu beitragen, daß diese Massentötung nicht stattfindet? Wo fangen eigentlich diese unabsetzbaren Herren über Recht und Unrecht zu denken geschweige denn zu urteilen an?

Kölnische Rundschau

*

Der Freispruch für den Arzt, der die Bundeswehrsoldaten als „potentielle Mörder“ beleidigt hat, ist eindeutig ein politisches Urteil. Es dient nicht der Gerechtigkeit und dem Rechtsfrieden. Es erinnert daran, wie und mit welchen Folgen die Weimarer Republik diffamiert werden durfte. Es läßt

den Rufmord an einer großen Gruppe von Menschen ungeahndet. Und es enthält juristische Fragwürdigkeiten. Deshalb ist es ein empörendes und gefährliches Urteil.

Mord setzt Vorsatz, Heimtücke und niedrigere Beweggründe voraus. Die Soldaten der Bundeswehr aber werden dazu erzo-gen, zur Verteidigung der Freiheit und des Friedens notfalls das eigene Leben einzusetzen. Es ist richtig, daß das Verteidigungsministerium in die nächste juristische Instanz gehen will.

Rheinische Post

*

Denkt man das, was sich offenbar in den Köpfen der Frankfurter Richter abspielte, zu Ende, dann leben wir in einem kriminellen Staat. Denn die Verfassung sieht vor, daß Frieden und Freiheit der Bundesrepublik notfalls mit der Waffe zu verteidigen seien. Unsere Verfassungsväter als Anstifter zum potentiellen Mord?

Neue Osnabrücker Zeitung

*

Das geht denn doch zu weit! Die Reaktionen reichen von Erschütterung bis zur Unverschämtheit. Da gibt es keine Unterschiede in den politischen Lagern; die Diskriminierung von knapp 500 000 aktiven und Millionen ehemaliger Soldaten darf auf Dauer keinen Bestand haben.

Rheinpfalz

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Skrupellose Rauschgifttäter müssen mit gebotener Härte zur Verantwortung gezogen werden

Die Drogenkriminalität droht in Europa und damit auch in unserem Land eine erschreckende Dimension anzunehmen. Die straff organisierten internationalen Drogensyndikate versuchen, verstärkt in die Länder Europas vorzudringen. Das Drogenproblem kann auch bei uns ausufern. Die Drogenkriminalität bedroht in erster Linie unsere Jugend. Sie ist aber darüber hinaus auch eine Bedrohung für Staat und Gesellschaft.

Die Erfahrungen in anderen Ländern und in Ansätzen auch bei uns zeigen, daß Drogenkriminelle sich nicht auf einen Kriminalitätsbereich beschränken. Es gibt Wechselbeziehungen zwischen den enormen Drogengewinnen und der Finanzierung zukünftiger Straftaten in anderen Lebensbereichen. Wenn wir die Dinge schleifen lassen, werden auch in Westeuropa auf der Basis von Drogengewinnen kriminelle Wirtschaftsimperien entstehen. Man muß sich vorstellen, daß diese Gewinne auf rd. 300 Mrd. Dollar jährlich geschätzt werden. Das ist doppelt soviel wie das Volumen unseres Bundeshaushaltes.

Vor diesem Hintergrund habe ich mich mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß sich der Weltwirtschaftsgipfel im Sommer dieses Jahres intensiv mit Maßnahmen zur Eindämmung der Drogengefahren befaßt. Auch im europäischen Rahmen

werden wir uns aktiv an wirksamen und mit unseren Partnern abgestimmten Maßnahmen beteiligen.

Ich stehe deshalb in engem Kontakt mit dem französischen Präsidenten Mitterrand als dem gegenwärtigen Vorsitzenden des Weltwirtschaftsgipfels und des Europäischen Rats, mit dem amerikanischen Präsidenten Bush und mit den Staats-

Der Bundeskanzler hat am 24. Oktober vor der Pressekonferenz in Bonn eine Erklärung zur Drogenpolitik der Bundesregierung abgegeben.

und Regierungschefs der Anden-Staaten. Die Bundesregierung wird den Ländern dieser Region, die sich aktiv an der Drogenbekämpfung beteiligen, wirksam helfen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits im Januar das neue UN-Suchtstoffübereinkommen unterzeichnet. Das Vertragsgesetz und die notwendigen gesetzlichen Änderungen zur Umsetzung können noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

Die gegebene Situation erfordert schnelles und entschlossenes Handeln. Deshalb hat sich das Bundeskabinett heute einge-

hend mit der sich verschärfenden Bedrohung durch die international organisierte Rauschgiftkriminalität und den steigenden Drogenmißbrauch befaßt. Das Kabinett hat Grundzüge eines „Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplans“ und eine Reihe von Sofortmaßnahmen beschlossen. Grundlage der Kabinettsberatung waren umfassende Berichte zur gesamten Drogensituation, die auf meine Bitte vom Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und vom Bundesminister der Justiz im Zusammenwirken mit weiteren Ressorts erarbeitet worden sind.

Die Bundesregierung ist entschlossen, mit Nachdruck alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Neben der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität geht es gleichrangig darum, den Drogenmißbrauch einzudämmen und Vorbeugung, Beratung und Behandlung Gefährdeter und Abhängiger zu verstärken.

Neue strafrechtliche Instrumente gegen Drogenhändler und ihre Helfer werden zügig vorbereitet. Dem Drogenhandel muß seine wirtschaftliche Grundlage entzogen werden.

Die Bundesregierung hat dazu ein Bündel von Regelungen vorgesehen:

- Durch einen Gesetzentwurf, der in Kürze dem Deutschen Bundestag zugehen wird, soll eine besondere Vermögensstrafe für schwere Fälle von Betäubungsmittelhandel eingeführt werden. Diese ergeht zusätzlich zur Freiheitsstrafe. Es kann dann entsprechend der Schuld des Täters in angemessenem Ausmaß auf dessen Vermögen zugegriffen werden, gegebenenfalls auf das gesamte Vermögen.

- Ein weiterer Gesetzentwurf befindet sich noch in der Abstimmung. Bei bestimmten schweren Betäubungsmitteldelikten können danach Vermögensgegenstände des Täters für verfallen erklärt werden. Voraussetzung ist, daß die Her-

kunft der Gegenstände zwar nicht aufzuklären ist, die Herkunft aus Straftaten sich aber aufdrängt. Der Zugriff auf solche Vermögensgegenstände wird also entscheidend erleichtert.

- Das sogenannte Waschen von Gewinnen aus Betäubungsmittelgeschäften soll strafbar werden. Dies ist in einem dritten Gesetzentwurf vorgesehen. Es sollen Personen bestraft werden, die den Händlern bei der Anlage ihrer Gelder behilflich sind. Dadurch wird dem Eindringen dieser Gelder in den legalen Geldkreislauf entgegengewirkt und der Zugriff auf sie erleichtert.

Zusätzlich bereitet die Bundesregierung eine Verschärfung beim Export von den Chemikalien vor, die für die Herstellung von Drogen notwendig sind.

Die Polizei braucht neue Fahndungsinstrumente

Ich werde mit allem Nachdruck darauf drängen, daß die angesprochenen Entwürfe noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.

Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß diese Maßnahmen noch nicht ausreichen. Diese greifen erst, wenn der Täter gefaßt ist. Die Polizei braucht deshalb neue Fahndungsinstrumente, um Drogengeld aufzuspüren.

Um schmutziges Drogengeld zu waschen, bedienen sich die Drogenhändler der Mittel des legalen Zahlungs- und Wirtschaftsverkehrs. Hier muß die Fahndung ansetzen. Die Bundesregierung ist entschlossen, das Aufspüren von Drogengeld zu erleichtern.

Dies ist ein sensibles Feld, da das Vertrauen in unsere Kreditwirtschaft nicht beeinträchtigt werden darf. Auf der anderen Seite gilt aber auch: Das Vertrauen in die deutsche Kreditwirtschaft nähme

gerade dann Schaden, wenn sie sich zum Waschen von Drogengeld mißbrauchen ließe. Übrigens denkt die Schweiz ebenso.

Wir stehen hier am Anfang unserer Überlegungen. Wir arbeiten eng mit den anderen Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels zusammen, die sich in einer Arbeitsgruppe in Paris mit diesem Problem beschäftigen. Insbesondere sind wir auf die Mitarbeit der Kreditinstitute angewiesen. Die Kreditwirtschaft ist zur Mithilfe aufgerufen; denn die Drogengefahr geht nicht nur die Regierung und die Parteien, sondern alle großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppen an.

Vorsorglich möchte ich schon jetzt eins deutlich machen: Bei den Maßnahmen im Bereich der Bankenwirtschaft geht es uns ausschließlich darum, Drogengeld und damit auch Händler und Hintermänner aufzuspüren. Es geht in keiner Weise um fiskalische Zwecke. Deshalb wird nur die Polizei und nicht das Finanzamt die erforderlichen Informationen aus dem Bankenbereich erhalten. Dies stelle ich bewußt klar, da aus der Opposition Vorschläge laut wurden, den Finanzbehörden das Aufspüren von Drogengeld zu übertragen. Diese sind dazu nicht in der Lage; hierfür fehlt ihnen das kriminalistische Wissen. Zunächst habe ich die zuständigen Ressorts gebeten, die Gespräche mit der Kreditwirtschaft zügig fortzusetzen.

Als weitere Fahndungsinstrumente, gerade im Kampf gegen die Drogenkriminalität, braucht die Polizei auch den verdeckten Ermittler, die verdeckte Observation, den Einsatz technischer Mittel und die Rasterfahndung. Diese Instrumente sind erforderlich, um Händlerringe zu erkennen, in Rauschgiftorganisationen einzudringen und um dadurch die Hintermänner zur Verantwortung zu ziehen. Die

gesetzlichen Grundlagen hierfür werden bereits mit Nachdruck vorbereitet.

Kurzfristig wird folgendes geschehen: Das Bundeskriminalamt wird zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität erheblich verstärkt. Auch die technische Ausrüstung der Rauschgiftfahndung im See-, Luft- und Landfrachtverkehr wird durch neu entwickelte Geräte und die dafür erforderlichen Mittel verbessert. Gleichzeitig werden die gemeinsam mit den Ländern und den Trägern der Suchtkrankenhilfe geförderten Maßnahmen zur Prävention, zur Beratung, Behandlung und Wiedereingliederung erweitert

Kampf gegen Drogen

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble intensiviert die Bekämpfung des Drogenhandels in Europa. So werden dem Bundeskriminalamt hierfür bereits im nächsten Jahr 73 neue Stellen zur Verfügung gestellt. Dies ist aber nur ein erster Schritt. Ziel ist es, das Bundeskriminalamt in den nächsten drei Jahren stufenweise auszubauen und damit die Abteilung zur Bekämpfung der Rauschgift- und der organisierten Kriminalität entscheidend personell zu verstärken.

und intensiviert. Ein breites Band zielgruppenspezifischer Maßnahmen reicht von der allgemeinen Aufklärung der Bevölkerung über Drogen und ihre Gefahren, über Unterrichtsmaterialien für die Schulen, Erweiterung der persönlichen Beratung bis hin zur Erweiterung der Hilfen für Gefährdete, Abhängige und die Eingliederung ehemals Drogenabhängiger in Beruf und Gesellschaft. Über diese Aktivitäten hinaus wird die Bundesregierung im Frühjahr 1990 zu einer „Nationalen Drogenkonferenz“

unter Beteiligung aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte einladen. Wir brauchen einen nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan mit folgenden Grundzügen:

- Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit der Zollverwaltungen, im polizeilichen Sektor mit Interpol, sodann mit den Organisationen der Vereinten Nationen;
- Verstärkung der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität durch Polizei, Zoll und Bundesgrenzschutz durch ausgebildete Spezialisten;
- breite gesundheitliche Aufklärung mit dem Ziel, die Nachfrage nach Rauschgiften einzuschränken und der Bereitschaft, Rauschgifte zu probieren, entgegenzuwirken; ferner verbesserte Prävention in Problemgruppen;
- Verstärkung der Hilfen für Gefährdete und Drogenabhängige, insbesondere verbesserte Erfassung im Frühstadium, schließlich auch mehr Hilfen zur stabilisierenden Nachsorge;
- gezielte Forschungen und Entwicklungen, um einerseits Erkenntnisse für neue Ansätze der Prävention zu finden, andererseits um die technische Ausstattung der Rauschgiftfahndung zu verbessern.

Die Bundesregierung kann mit diesen neuen Maßnahmen auf Bewährtem aufbauen. Sie wird es nicht an finanziellen Mitteln und einem umfassenden Einsatz fehlen lassen, um den Schutz vor allem junger Menschen sicherzustellen und dem verführerischen Angebot des kriminellen Drogenhandels entgegenzuwirken. In manchen Kreisen unserer Gesellschaft gilt es als schick, Kokain zu nehmen. Die Verharmlosung, die sich hier zeigt, ist unverantwortlich.

Die Bundesregierung wird sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür einsetzen, daß die skrupellosen Rausch-

giftstraftäter mit der gebotenen Härte zur Verantwortung gezogen werden. Sie wird sich jedoch mit gleicher Intensität dem vorbeugenden Schutz insbesondere der Jugend vor den Gefahren der Rauschgifte zuwenden. Auch wird sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Maßnahmen mittragen, die der Beratung Gefährdeter sowie der Behandlung der als krank anzusehenden Drogenabhängigen und deren Wiedereingliederung in Beruf und Gesellschaft dienen.

Wir müssen uns klar sein, es gibt keine einfachen Lösungen. Erfolg setzt voraus, daß sich alle gesellschaftlichen Kräfte, Parteien und Gewerkschaften, Kirchen und Verbände, Lehrer und Erzieher, nicht zuletzt alle Bürger engagieren. Das Drogenproblem geht uns alle an! Es ist nicht auf Randgruppen oder bestimmte soziale Schichten beschränkt.

Ich appelliere deshalb an alle: Helfen Sie mit, als Eltern, als Arbeitskollegen, als Nachbarn, daß nicht weitere Menschen abhängig werden und daß Abhängige den Weg zur Therapie und aus der Sucht finden! Und vor allem wende ich mich an die jungen Menschen: Drogen sind kein Ausweg, auch nicht aus einer noch so schwierigen persönlichen Situation. Drogen können Ihr Leben ruinieren, aber auch das von Menschen, die Ihnen nahe stehen. ■

Hinweis

Im Zusammenhang mit der Erklärung des Bundeskanzlers zur Drogenpolitik der Bundesregierung möchten wir noch einmal an die UiD-Dokumentation 24/89 erinnern:

Suchtfrei leben

Leitfaden zur Drogen- und Rauschmittelproblematik

**Beschluß des Bundesfachausschusses
Jugendpolitik der CDU**

SPD und Übersiedler

Deutlicher kann man sich nicht disqualifizieren

Mit Empörung hat zuerst die CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf auf die Warnung des nordrhein-westfälischen Arbeitsministers, Hermann Heinemann, reagiert, Übersiedler aus der DDR bei der Vergabe von Arbeitsplätzen und Wohnungen zu bevorzugen. Vor allem hat empört, daß Heinemann von „Verhättschelung“ der Übersiedler sprach und davon, daß ihnen Vorteile „auf dem goldenen Tablett serviert“ würden.

CDU-Fraktionschef Bernhard Worms warf Heinemann in scharfer Form vor, daß er an die „niedersten Instinkte“ appelliere, sich als „Vorreiber einer Unkultur des Vorurteils und der Neidkomplexe“ betätige und Wasser auf die Mühlen der Republikaner gieße.

Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Günther, hat die Äußerungen Heinemanns beschämend genannt und sie als Aufforderung zu einer geradezu feindseligen Haltung gegenüber den Übersiedlern verstanden. Wenn Heinemann von Arbeitsplätzen für Übersiedler „auf dem goldenen Tablett“ spreche, dann tut er so, als seien diese Arbeitsplätze Arbeitslosen hier bisher verweigert worden. Deutlicher kann sich dieser Arbeits- und Sozialminister nicht disqualifizieren.

Nach einer gemeinsamen Sitzung des Vorstands der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU mit dem Generalsekretär der CDU haben Volker Rühle und Elmar Pieroth die SPD aufgefordert, die Vorwürfe gegen Übersiedler und hilfsbereite

Volker Rühle:

Polit-Justiz der DDR muß fallen

Wir müssen von der DDR verlangen, daß sie die gesamte politische Justiz abschafft. Wir helfen auch in Zukunft jenen Menschen, die unschuldig in DDR-Gefängnisse gesteckt werden. Doch es muß jetzt grundsätzlich erreicht werden, daß sie dort erst gar nicht hineingesteckt werden, aus „politischen“ Gründen. Wenn es in Polen, Ungarn und der Sowjetunion zur Abschaffung von politischen Straftatbeständen kommen konnte, dann muß unsere Forderung heißen: Die Gesetze der DDR müssen so geändert werden, daß auch in der DDR niemand mehr wegen sogenannter politischer Vergehen in Haft genommen werden kann. Das bezieht sich auf den Tatbestand der sogenannten Republikflucht oder trifft auf Menschen zu, die ein kritisches Wort in der Öffentlichkeit sagen oder sich oppositionellen Gruppen anschließen.

(aus einem Interview mit „Weltbild“ vom 20. Oktober)

Bürger zurückzunehmen. Besonders Politiker seien verpflichtet, die den Menschen vielfach angeborene Abneigung gegen Fremde nicht noch zu verstärken. Heinemanns Formulierungen, die Hilfe und das Willkommen für die Übersiedler brächten „böses Blut“, seien verantwortungslos, weil sie bei den Einheimischen Abwehr und Neid schüren. „Damit wird nur den Republikanern Vorschub geleistet“, warnte auch Volker Rühle. ■

Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter

Rechtsbrüche weiter registrieren

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Bohl hat an die Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktionen in SPD-regierten Bundesländern folgendes Schreiben gerichtet:

Die Bilder prügelnder Angehöriger der Staatssicherheit und anderer DDR-Sicherheitsorgane auf friedlich demonstrierende Deutsche in Leipzig, Dresden und Ost-Berlin erschrecken zutiefst und machen sehr betroffen. Wenn die Staatsgewalt in der DDR die Menschenrechte im wahrsten Sinne brutal mit Füßen tritt, so darf dies nicht hingegenommen werden.

Auch diese Rechtsbrüche müssen von der „Zentralen Erfassungsstelle“ in Salzgitter registriert werden, deren Arbeit leider durch die SPD politisch völlig abwegig bewertet wird. Einige von der SPD regierte Bundesländer

haben sogar ihre Zahlungen zur Finanzierung dieser Behörde eingestellt bzw. wollen es tun.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion würde es sehr begrüßen, wenn die CDU-Fraktionen dieser Bundesländer einen entsprechenden Antrag stellen, bzw. initiativ werden würden, wonach diese Zahlungen von der jeweiligen Landesregierung wieder aufgenommen werden.

Ich hoffe sehr, daß die Ereignisse der letzten Tage bei der SPD endlich einen Meinungswandel verursachen. Ich bin davon überzeugt, daß wir gerade mit dieser Erfassungsstelle unseren Landsleuten in der DDR auch einen gewissen Schutz für die Wahrnehmung der Menschenrechte, z. B. auf friedliche Demonstrationen, bieten. Die Dienststelle in Salzgitter führt dazu, daß noch schlimmere Übergriffe der DDR Sicherheitsorgane verhindert werden.

Kommentar

Aufstand der Kleingeister

Herr Schnoor sorgt sich, und auch der Herr Rau. Beide warnen, DDR-Flüchtlinge nicht zu bevorzugen. Die Deutschen sollten wohl lieber einem Asylbewerber aus Sri Lanka beistehen, als einem Landsmann, der bei uns eine neue Existenz aufbaut. Unsinn hat bei den Genossen Konjunktur — wenn er sich nur multikulturell gebärdet. Den Vogel schoß aber ein ande-

rer ab, der Herr Albertz aus Berlin. Der 74jährige SPD-Pfarrer, der bei schießwütigen RAF-Terroristen stets nachsichtig und milde war, geißelt nun die DDR-Flüchtlinge: „Es sind dieselben angepaßten Aufsteiger, die wir hier schon zu Tausenden haben und die uns noch viel Kummer bereiten.“ Man greift sich an den Kopf. Kummer haben diesem Lande mordende RAF-Terroristen bereitet und nicht Menschen, die an ihrem Beruf Freude haben. Die Flüchtlinge kamen, weil sie als freie Menschen in einem freien Land leben wollen.

aus: Frankfurter Neue Presse

30. EAK-Bundestagung

Deutschland in Europa – Unsere Verantwortung in der Welt

Unter dem diesjährigen Motto „Deutschland in Europa – Unsere Verantwortung in der Welt“ hatte der Bundesvorsitzende, Staatsminister Albrecht Martin, Mitglieder und Freunde des Evangelischen Arbeitskreises nach Nürnberg eingeladen. 300 Teilnehmer nutzten an einem Wochenende (20./21. Oktober) die Gelegenheit, zwei Tage lang mit Bundespolitikern und Kirchenvertretern zu diskutieren.

In seiner Eröffnungsrede forderte Martin auf zu fragen, wie wir Volk und Vaterland, die Zusammengehörigkeit einer Nation, die Bewahrung der eigenen Kultur einfügen in eine Welt, für die enge Zusammenarbeit eine Frage des Überlebens geworden ist. „Wir haben zu fragen, wie wir diese Werte einbringen können in ein Europa, von dem wir wollen, daß es immer mehr zu einer Einheit zusammenwächst, daß es zu einer Europäischen Union sich entwickelt.“

Beim „Theologischen Abendgespräch“ am Freitag abend führte Prof. Trutz Rendtorff aus, daß Europapolitik in einer überraschend dramatischen Weise zu einer deutschen Frage geworden sei. „Die Zehntausende Bürger der DDR, die in der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht suchen, und die Hunderttausende, die in der DDR für Reformen demonstrieren, beschreiben die aktuelle Lage deutlicher als alles andere.“

Daß sowohl Politik als auch Kirche hierin eine gemeinsame Aufgabe erwächst, betonte Bundesminister Stol-

tenberg. „Wir müssen deutlich machen, daß die deutsche Frage ein Teil der Teilung Europas ist und die Zukunft der deutschen Nation nicht so sehr als eine territoriale, sondern als eine Frage der Freiheit, der Selbstbestimmung und der Menschenrechte zu sehen ist . . . In dieser Situation ist es unsere Aufgabe, auf die Notwendigkeit grundsätzlicher wirtschaftlicher und politischer Reformen hinzuweisen. Hier ist ebenso unsere evangelische Kirche gefordert.“

Entwicklungsminister Jürgen Warnke, der für den erkrankten CSU-Vorsitzenden Theo Waigel kurzfristig zugesagt hatte, stellte die Frage: „Was können wir tun?“

Denen, die unter Verzicht auf Wohlstand und unter Gefahr für sich und ihre Familien bleiben, um Selbstbestimmung tatsächlich durchzusetzen, denen bekunden

Sie tun mehr als ihre Pflicht

wir unsere Verbundenheit und unsere Hochachtung. Sie tun mehr als ihre Pflicht. Sie brauchen auch unsere moralische Unterstützung. Wir können sie ihnen geben durch Besuch, durch Partnerschaft in kirchlichen Gemeinden, aber auch dadurch, daß unsere Anerkennung sie erreicht. Es ist klar, daß hier die Medien eine besondere Verantwortung trifft.“

Auch in der Abschlusserklärung appelliert der EAK an Politik und Kirche, in Europa für die Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes in Frieden und Freiheit mit aller Energie einzutreten. ■

Der Nebel lichtet sich: Die Wahlforschung präsentiert detaillierte Erkenntnisse über die Wähler der Republikaner

Viel Verdruß und wenig Ideologie

Von Hans-Joachim Veen

Zu kaum einem Zeitpunkt in der Parteienentwicklung der letzten Jahrzehnte war es so wichtig, zwischen der „Programm- und Funktionärspartei“ einerseits und der „Wählerpartei“ andererseits zu unterscheiden, wie jetzt angesichts der Interpretationsschwierigkeiten, die die deutsche und internationale Öffentlichkeit mit einigen spektakulären Wahlerfolgen der Republikaner hat. Die „Programm-partei“ ist, verkürzt auf das Wesentliche, schnell charakterisiert: Sie ist populistisch und rechtsradikal und punktuell, in der Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und in ihrer NS-nahen politischen Semantik auch rechtsextremistisch.

Die ideologische Essenz ihres Programms liegt allerdings in der Verschmelzung der deutschen Einheit mit einem radikalen, völkischen Nationalismus, der selbstisolationistische und antiwestliche Züge trägt. In der „Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands“, so wird suggeriert, liege am Ende auch der Schlüssel zur Lösung

aller anderen Probleme der Bundesrepublik Deutschland. Daneben gibt es viel ideologische Vagheit, Platttheit, intellektuelle Dürftigkeit und populistische Rhetorik, sozusagen „dem einfachen Mann aus der Seele gesprochen“.

Eines aber gibt es im Republikaner-Programm entgegen mancherlei Vermutungen national und konservativ gesinnter Wähler nicht: ein ausgeprägt konservatives Ordnungskonzept von hinlänglicher Differenziertheit. Zwar werden auch spezifisch konservative Positionen in den Passagen zu „Recht und Ordnung“ und den „Rechten und Pflichten des einzelnen und die von Familie, Volk und Staat“ erkennbar, doch werden sie wiederholt um den entscheidenden Deut überzogen und durch Vulgär-Konservatismen von tiefer Illiberalität und aggressiver Unduldsamkeit insgesamt ihres Wertes beraubt.

So einfach sich demnach der Kern des Programms bestimmen läßt, so schwierig ist die Charakterisierung der Republikaner-Wähler, weil sie nach den Ergebnissen der empirischen Wahlforschung alles andere als eine politisch-ideologisch, gesinnungsmäßig, soziodemographisch oder interessenmäßig einigermaßen klar konturierte Größe sind. In ihrer außerordentlichen Heterogenität unterscheiden sie sich ganz wesentlich von den Grünen-Wähler, die bereits Anfang der achtziger Jahre ein beträchtliches Maß an politisch-ideologischen und gesinnungsmäßigen Übereinstimmungen und an gemeinsamen Wertorientierungen aufwiesen. Zudem waren sie in ihrer Alters-, Bil-

Hans-Joachim Veen ist Leiter des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung

dungs- und Sozialstruktur von vornherein eine vergleichsweise homogene und gegenüber der Gesamtbevölkerung klar abgrenzbare Wählerschicht, die sich schon früh zu einem neuartigen, linksalternativen Milieu verdichtete.

Entsprechende Strukturen, etwa unter nationalkonservativem oder rechtsradikalem Vorzeichen, sind bei der Mehrheit der gegenwärtigen Republikaner-Wähler derzeit nicht erkennbar. Was die Grünen

Sammelbecken für Protest

mehrheitlich nie waren, sind die Republikaner im hohen Maße: Sammelbecken unterschiedlich motivierten Protests verschiedener gesellschaftlicher Gruppen verschiedener politisch-ideologischer Herkunft.

Politisch-ideologisch ordnen sich die Republikaner-Anhänger, die zur Zeit etwa fünf Prozent aller Wähler ausmachen, selber breitgefächert von der linken Mitte bis zu radikal rechten Positionen ein, die meisten allerdings in der Mitte und gemäßigt rechts. Als radikal rechts bezeichnet sich nur etwa jeder fünfte Republikaner-Anhänger. Nimmt man noch die wesentlich größere Zahl der Republikaner-Sympathisanten (etwa 15 Prozent) in den Blick, wachsen die Anteile derer, die sich politisch-ideologisch in der Mitte oder gemäßigt rechts einordnen, während der Anteil radikaler Rechter weiter abnimmt.

Dabei wird auch erkennbar, daß zwar der relativ größte Teil der Republikaner-Anhänger aus dem politischen Spektrum der Union kommt, fast die Hälfte, aber ein nicht unbeträchtlicher Teil, rund 30 Prozent, auch aus der SPD-Wählerschaft. Der höhere Unions-Anteil geht in erster Linie auf den sogenannten „Bayern-Effekt“ zurück: Rund ein Drittel aller Republikaner-Anhänger stammt gegen-

wärtig aus Bayern, überproportional viele auch aus Baden-Württemberg, und in beiden Ländern gehen die Republikaner-Anteile überwiegend zu Lasten der CDU. Dadurch weist die Republikaner-Anhängerschaft zur Zeit ein deutliches Süd-Nord-Gefälle auf: Fast jeder zweite Republikaner-Anhänger kommt aus Süddeutschland. In den großstädtischen Ballungsräumen mit sozialen Brennpunkten im Norden Deutschlands, insbesondere auch im Ruhrgebiet, gehen die Republikaner-Anteile hingegen am stärksten auf Kosten der SPD. Eine dritte größere Wählergruppe sind bisherige Nichtwähler, etwa jeder Fünfte zählt dazu. Hier dürften sich am häufigsten nationalistische oder rechtsradikale Wähler finden, die an die „rechte Alternative“ glauben.

Wie heterogen die gegenwärtige Republikaner-Wählerschaft ist, spiegelt sich auch in ihrer Altersstruktur wider. Sie entspricht ziemlich exakt dem Bevölkerungsdurchschnitt in der Bundesrepublik, wobei Jüngere (18 bis 24) sogar leicht überproportional vertreten sind, Ältere über 60 Jahre hingegen nicht.

Auch hier gibt es regionale Unterschiede. So sind die Anteile jüngerer Wähler (18 bis 24) überdurchschnittlich hoch in Norddeutschland, in Berlin, Nordrhein-Westfalen und insbesondere auch in

„Männerpartei“

norrddeutschen Großstadtreionen. Aber auch die Älteren (über 60) sind in Norddeutschland leicht überproportional vertreten, während die mittleren Altersgruppen schwächer repräsentiert sind. In Bayern entsprechen die Republikaner-Wähler wiederum voll dem Bevölkerungsdurchschnitt.

Die Republikaner sind ganz ausgeprägt eine „Männerpartei“. Sie werden von ihnen nahezu doppelt so häufig gewählt

wie von Frauen. Dies gilt für fast alle Altersgruppen mit Ausnahme der über 60jährigen. Hier ist der Männerüberhang noch höher.

Die Unterscheidung nach Bildungsschichten ergibt, daß die Republikaner die Partei mit dem formal niedrigsten Bildungsniveau sind. Fast drei Viertel ihrer Wähler sind Hauptschulabsolventen, Realschulabsolventen sind dagegen leicht, Abiturienten stark unterrepräsentiert. Dabei zeigt die Aufschlüsselung nach Altersgruppen den höchsten Hauptschülerüberhang bei jüngeren Wählern.

Katholiken sind, auch ein Bayern-Effekt, häufiger vertreten als Protestanten. Zugleich sind in Norddeutschland, wo der Protestantenanteil zugunsten der Republikaner höher ist, stark katholische Gebiete bemerkenswert immun gegen Republikaner-Protest. Das gilt für den Nordwesten Niedersachsens, Teile Nordrhein-Westfalens und im nördlichen Rheinland-Pfalz. Die Kirchenbindungen sind häufig nur gering ausgeprägt. Der Konfessionslosenanteil ist ähnlich hoch wie bei den Grünen-Wählern.

Auch die Gewerkschaftsbindungen, meistens von bisherigen SPD-Wählern, sind nur schwach ausgebildet. Sowohl die Altersstruktur als auch die geringe Kirchen- und Gewerkschaftsbindung verwei-

Ein neuer Wählertyp

sen darauf, daß es sich hier größtenteils nicht um noch von den traditionellen Milieus geprägte Stammwähler der Volksparteien handelt, sondern häufig um milieungebundene, politisch nicht festgelegte und sich oft erst kurzfristig für die eine oder andere Partei entscheidende Wechselwähler. Zu diesem zahlreicher werdenden neuen Wählertyp zählt heute bereits jeder Dritte.

In der Zuordnung nach Berufsgruppen kristallisieren sich zwei Schwerpunkt heraus: einerseits Arbeiter, Facharbeiter, kleine Angestellte und Arbeitslose, andererseits Selbständige und Landwirte. Rentner und Hausfrauen sind leicht unterdurchschnittlich vertreten, Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst sind entgegen durchsichtigen Behauptungen, die die Verfassungstreue der Partei bekräftigen sollen, unterrepräsentiert.

Auch hier muß regional unterschieden werden. Während im Norden und Westen der Bundesrepublik Deutschland die

Große Anteile bei Arbeitern

Republikaner überdurchschnittliche Wähleranteile bei Arbeitern in großen Industriestädten und dort insbesondere in Wohngebieten mit minderwertigem Wohnraum verzeichnen, sind es in Bayern und in Baden-Württemberg Arbeiter sowohl aus kleinstädtisch-ländlichen als auch großstädtischen Regionen, die für die Republikaner votieren. Zudem sind hier die Anteile von Selbständigen, Gewerbetreibenden und Landwirten deutlich höher als in Norddeutschland.

Der ideologischen Spannbreite entspricht die Breite sozio-ökonomischer und demographischer Zuordnungen. Sie illustrieren, wie wenig kohärent die „Wählerpartei“ der Republikaner und wie wenig gefestigt die Wählerbasis gegenwärtig ist. Zahlenmäßig liegen die Schwerpunkte zur Zeit bei Wählern aus Unter- und unteren Mittelschichten sowie bei klassischen Mittelständlern, Gewerbetreibenden und Landwirten. Zusammen machen sie eine deutliche Mehrheit der gegenwärtigen Republikaner-Anhänger aus. Ihr gemeinsamer Nenner sind konkreter Protest und genereller Unmut, nicht nationalkonservative oder rechtsradikale Gesinnung.

Den Republikanern gelang es offenbar in beträchtlichem Umfang, aufgestaute subjektiv-konkret empfundene wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit von großer Vielfalt, durchaus widersprüchlichen Protest, latente Mißstimmungen und Benachteiligungsgefühle in wenigen Schlagworten zu bündeln. Dies gilt vor allem für das „Ausländerthema“, das als Synonym für vielfältige Befürchtungen steht, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche und bei Sozialleistungen benachteiligt zu werden, und darüber hinaus für vage Zukunftsängste vor mögli-

Schlüsselwort „Ausländer“

cher Verdrängung, „Überfremdung“ oder vor wirtschaftlichen Belastungen.

Für Republikaner-Anhänger ist die Bedrohung durch wachsende Ausländerzahlen (wobei der „Ausländer“-Begriff im Verständnis der meisten undifferenziert in erster Linie Asylanten und Gastarbeiter, aber auch Aussiedler meint) von überragender Bedeutung. Während immerhin fast die Hälfte aller Bürger die Einschränkung des Ausländerzuzugs für „sehr wichtig“ hält, sind es unter Republikaner-Anhängern sogar drei Viertel. Einen ähnlich hohen Stellenwert hat für sie die „Arbeitsplatzsicherung“, und beides wird offenbar eng miteinander verklammert gesehen.

Hinzu kommt die unter Republikaner-Anhängern am weitesten verbreitete Vorstellung, daß Gastarbeiter und Asylanten „die Leistungen unseres Sozialsystems mißbrauchen“, zugleich sehen viele (insbesondere abgewanderte SPD-Wähler) die eigene finanzielle Zukunft ausgeprägt pessimistisch. Hier wird ein zentrales Wahlmotiv zugunsten der Republikaner greifbar. Zwar wird die Partei auch von ihren eigenen Anhängern in den meisten

wesentlichen Politikfeldern nicht für leistungsfähig gehalten, aber in der Beschränkung des Ausländerzuzugs gilt sie ihnen als die kompetenteste.

Daneben konnte die Partei viele derer für sich mobilisieren, die starke Vorbehalte gegen die europäische Integration haben oder die EG ohnehin ablehnen. Der seit Jahren manifeste EG-Agrarprotest bot hier ebenso Anknüpfungspunkte wie vage Befürchtungen, durch den zukünftigen Binnenmarkt wirtschaftlich benachteiligt zu werden. Republikaner-Anhänger stehen der EG weitaus skeptischer gegenüber als die Anhänger aller anderer Parteien.

In der Skepsis gegenüber der EG und ihrer Weiterentwicklung spiegelt sich auch eine generelle Furcht vor Veränderung und gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Modernisierung in bestimmten Teilgruppen der Gesellschaft. Von den Bedürfnissen nach sozialer und wirtschaftlicher Statussicherung her könnte unter Umständen versucht werden, eine Verbindung zu nationalistischen Parolen zu schlagen. Das Bestreben der Republikaner-Führung dürfte am ehesten dahin

Furcht vor Veränderungen

zielen, zumindest Teile dieses Protestpotentials im Sinne eines eher autoritär-kleinbürgerlichen denn bürgerlich-konservativen Nationalismus zu ideologisieren.

Das dritte Motivbündel ist das allgemeinste. Es könnte allerdings für viele, die gegenwärtig für die Republikaner votieren, den entscheidenden Schub gegeben haben. Gemeint ist deren hochgradige allgemeine Unzufriedenheit mit dem politischen System der Bundesrepublik. Zwei Drittel der Republikaner-Wähler sind ausgesprochen unzufrieden (in der

Gesamtbevölkerung ist das Verhältnis umgekehrt). Politik-, Politiker- und Parteienverdrossenheit herrschen in einem Ausmaß vor, das jenes der Grünen-Anhänger, die die bislang grundsätzlichsten Kritiker dieser Republik waren, sogar übertrifft (siehe Tabelle).

Das Protestvotum zugunsten der Republikaner ist somit in erster Linie ein Unzufriedenheitsvotum gegen die etablierten Parteien und generell gegen „die da oben“. Es artikuliert das bei einer steigenden Zahl von Bürgern vornehmlich der Unter- und unteren Mittelschicht wachsende Mißempfinden der Nichtachtung, der Benachteiligung und der Ohnmacht. Die Republikaner profitieren zur Zeit von dem in der Bundesrepublik latenten und in den letzten Jahren bei einer wachsenden Zahl virulent gewordenen Anti-Parteieneffekt. Manchen galten sie bei den Wahlen der letzten Zeit als die einzige wirkliche Oppositionspartei gegen das etablierte System, nachdem die SPD

ihre Oppositionsfunktion in den Augen vieler offenbar immer weniger erfüllt. Das beträchtliche Sympathiepotential für die Republikaner, rund 15 Prozent aller Wähler, erklärt sich am ehesten aus diesen politischen Entfremdungsgefühlen.

Widerstreitende Protestinteressen und geringe politisch-ideologische Gemeinsamkeiten zeigen, wie amorph die „Wählerpartei“ der Republikaner zur Zeit ist. Weiterer Zulauf aus weiteren Protestgründen scheint kurzfristig durchaus möglich. Gleichwohl ist die Frage, ob sich die Republikaner als Partei oberhalb der Fünf-Prozent-Klausel bundesweit etablieren können, gegenwärtig völlig offen. Die Republikaner sind in ihrer gegenwärtigen Größenordnung mehrheitlich ein Produkt des neuen Wählertyps, nicht etwa Ausdruck eines zwangsläufigen politischen Emanzipationsprozesses am rechten Rand des Parteienspektrums.

aus: Rheinischer Merkur 40/6. Oktober 1989

Versagen der Politik

Das Gefühl, daß die Politik in entscheidenden Fragen versagt, haben . . .

	dauernd	oft	manchmal	selten oder nie
	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent
Insgesamt	12	46	37	5
CDU/CSU-Anhänger	5	38	48	9
SPD-Anhänger	11	50	35	4
FDP-Anhänger	11	40	46	4
Anhänger der Grünen	17	55	25	2
Anhänger der Republikaner	26	55	20	0

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung

Horst Waffenschmidt:

Wie der Wohnungsbau weiter gefördert werden kann

Die aktuellen Aufgaben zur Förderung des Wohnungsbaus hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Horst Waffenschmidt, in einem gleichlautenden Brief an den Deutschen Städtetag, an den Städte- und Gemeindebund und an den Deutschen Landkreistag angesprochen und die Adressaten darum gebeten, verstärkt mit kommunalen Möglichkeiten den Wohnungsbau zu unterstützen. In diesem Brief heißt es weiter:

Ich weiß, daß zahlreiche Städte, Gemeinden und Kreise bereits beachtliche Initiativen ergriffen haben. Hiermit möchte ich jedoch bitten, angesichts der bestehenden Aufgaben, die Förderung des Wohnungsbaus weiter zu steigern. Nach zahlreichen Gesprächen rings im Land möchte ich dazu insbesondere folgende Aufgabenbereiche ansprechen:

Baureife Grundstücke

Baugrundstücke im Eigentum der Städte, Gemeinden und Kreise sollten so schnell wie eben möglich bereitgestellt werden. Bei der Erschließung sollte jede Möglichkeit zur Beschleunigung genutzt werden. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die finanzielle Unterstützung der Baulanderschließung durch die Öffnung des Gemeindeprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Bundesregierung hat beschlossen, den Kommunen auf diesem Wege auch bei der Erschließung von Bauland ab sofort mit Krediten

zu sehr günstigen Bedingungen zu helfen. Erschließung und Aufbereitung von Bauland sowie Vor- und Zwischenfinanzierung von Erschließungsanlagen können dabei mit Kreditbeträgen bis zu zwei Drittel der Kosten gefördert werden.

Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren

Ich bitte erneut in den Städten, Gemeinden und Kreisen alle erdenklichen Initiativen zu ergreifen, um die Verwaltungsverfahren für die Baugenehmigung, die Erschließung neuer Baugebiete und die Bereitstellung von Bauförderungsmitteln weiter zu beschleunigen. Mancherorts ist im Hinblick auf die Dringlichkeit der Aufgabe wahrscheinlich eine zeitweilige personelle Verstärkung der zuständigen Dienststellen erforderlich.

Finanzierung kommunaler Maßnahmen

Dank der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung gestalten sich die kommunalen Steuereinnahmen günstiger als erwartet. Darum bitte ich, die finanziellen Anstrengungen von Bund und Ländern auch durch eigene Beiträge der Städte, Gemeinden und Kreise zu verstärken. Die Finanzprognosen ergeben, daß in diesem Jahr die kommunalen Körperschaften einen Überschuß ihrer Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von rund 1 Mrd. DM erwarten können. Ich

schlage vor, daß von den zusätzlichen Einnahmen verstärkt kommunale Initiativen zur Beschaffung von Wohnraum finanziert werden.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf zusätzliche besondere Finanzhilfen des Bundes: Zu äußerst günstigen Bedingungen werden Maßnahmen zur vorläufigen Unterbringung von Aus- und Übersiedlern über die Deutsche Ausgleichsbank gefördert:

Kreditbetrag: bis zu 100 Prozent der Investitionen

Zinssatz: derzeit 3,5 Prozent p. a. (fest für 10 Jahre)

Auszahlung: 100 Prozent

Laufzeit: bis zu 23 Jahren bei höchstens 5 tilgungsfreien Anlaufjahren

Für die Förderung steht ein Mittelvolumen von 1 Mrd. DM zur Verfügung.

Diese Finanzierungsmittel sollten in den nächsten Wochen von den Städten, Gemeinden und Kreisen verstärkt in Anspruch genommen werden. ■

Hohe Wohnungseigentumsquote

Die Wohneigentumsquote bei Haushalten mit 3 und mehr Personen ist im Laufe der 80er Jahre auf über 50 Prozent gestiegen. Bei den 3-Personen-Haushalten liegt sie bei 49 Prozent und damit um über 7 Prozent höher als 1978, bei den 4-Personen-Haushalten liegt sie bei über 54 Prozent und damit um rund 3,5 Prozent höher als 1978 und bei den Haushalten mit 5 und mehr Personen sogar bei 72 Prozent und damit um rund 9 Prozent höher als 1978.

Bausparer stehen sich besser

Mit der Steuerreform 1990 wird auch der Begünstigungsrahmen für das Bausparen von 624 DM auf 936 DM angehoben. Die Einkommensgrenze, bis zu der die Sparzulage gewährt wird, erhöht sich für Ledige von 24.000 auf 27.000 DM und für Verheiratete von 48.000 auf 54.000 DM.

ZDF-Umfrage:

Mehrheit für die Koalition

Die Regierungskoalition hat auf Bundesebene in der Wählergunst wieder die Mehrheit. Die Republikaner würden dagegen derzeit nicht in den Bundestag einziehen. Das ergab vom 16. bis 20. Oktober die repräsentative Umfrage des „ZDF-Politbarometers“ bei rund 1.000 Bundesbürgern.

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, erhielten die Union 41 Prozent der Stimmen (+ 2 gegenüber September), die FDP neun (+ 1), die SPD bliebe bei 37, die Grünen kämen

auf acht (-1) und die Republikaner auf drei Prozent (-2). Das Erstarken der CDU/CSU geht vor allem zu Lasten der Republikaner. Dies gilt aber nur für die Bundestagswahl. Bei Kommunalwahlen sind die Rep-Anhänger eher bereit, „Denkzettel“ zu verteilen.

Die wichtigsten Themen für die Bundesbürger sind derzeit „DDR“ (41 Prozent), „Arbeitslosigkeit“ (28 Prozent), „Umweltschutz“ (27 Prozent) und „Wohnungen“ (22 Prozent). „Aus-siedler“ und „Asylsuchende“ kamen nur auf 19 und sechs Prozent.

Der Optimismus des Kanzlers wirkte ansteckend

Auf der Abschlußkundgebung des Wirtschaftstages '89 in der Bonner Beethovenhalle, der vom Wirtschaftsrat der CDU ausgerichtet wurde, hat Bundeskanzler Helmut Kohl eine Rede gehalten, die wie bisher keine von ihm vor diesem Gremium zuerst freundlichen Beifall, dann aber begeistertsten Applaus hervorgerufen hat. Um es mit den Worten des Kommentators der „Welt“ zu sagen:

Der Kanzler bewies mit dieser Rede seinen Spürsinn, verteilte genötigte Finten gegen Freunde und Gegner, ironisierte Schmidt, Geißler, Schönhuber und andere (ohne deren Namen zu nennen). Offensichtlich genossen die Unternehmer etwas, was ihnen selten widerfährt: Sie fühlten sich verstanden und sie verstanden die Zwänge von Politikern.

Derartige Überzeugungsarbeit — in Unternehmerraugen wahrscheinlich PR — ist über den Fernsehschirm kaum zu transportieren. Vielleicht ist des Kanzlers Absicht sogar aufgegangen: Den Unternehmern vor Augen zu führen, daß eine über sieben Jahre blühende Wirtschaft schwerlich ohne eine in großen Zügen verlässliche Ordnungspolitik möglich wäre. In der Beethovenhalle herrschte der Eindruck, daß dies gelungen ist. Der bekannte Spruch, Helmut Schmidt sei schließlich der größte Weltwirtschaftskanzler aller Zeiten gewesen, nur leider der falschen Partei zugehörig, fällt immer seltener.

Und um es auch noch mit den Worten des Kommentators im „Handelsblatt“ zu sagen:

Ein Bundeskanzler, der selbstsicher, fast lässig, die positive wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes darstellt, Einwände der Opposition gegen seine Politik mit wenigen sarkastischen Bemerkungen zur Seite schiebt, der in freier Rede über weltwirtschaftliche und europäische Zusammenhänge referiert, den Leistungen seiner Regierung sogar noch politische Fortüne zuzurechnen versteht — einen solchen Kanzler haben die fast anderthalbtausend Teilnehmer und Gäste beim Wirtschaftsrat der CDU am Mittwoch abend in der Bonner Beethovenhalle erlebt. Und die sonst so disziplinierten Wirtschaftsführer feierten den Redner regelrecht mit stehenden Ovationen.

Eher mager hatte der zuvor schon für die Presse ausgelegte Text auf dem Papier gewirkt. Aber der Redner mochte sich an diesem Abend, der vielleicht einmal wegen des Honecker-Rücktritts historisch genannt werden wird, nicht ans geschriebene Wort halten. Er machte klar, daß es nicht allein ums bessere „Verkaufen“ einer erfolgreichen Regierungspolitik geht, schon gar nicht gegenüber einer Wählerschaft, die es für selbstverständlich hält, daß es ihr gut geht. Der Kanzler vermochte es, seine Zuhörer anzustecken mit dem eigenen Optimismus. Der gründet sich nicht auf in Zahlen faßbare Erfolge allein. Kohl sieht seine Politik des „Kurshaltens“ — von der Raketen-Diskussion bis zur Deutschland-Politik — bestätigt. Das gibt Selbstvertrauen. Und das überzeugt leichter als bestes Polit-Marketing.

Auch 1990 ist wieder mit 300.000 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen

„Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland expandiert im siebten Jahr des Aufschwungs mit großer Dynamik.“ Dies ist die Kernaussage des Herbstgutachtens der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute.

Für 1989 erwarten die Wirtschaftsexperten einen **Anstieg des Bruttosozialprodukts um 4 Prozent**. Besonders deutlich heben sie hervor, daß die Unternehmen verstärkt ihre **Beschäftigung ausgeweitet** haben, im Verlauf des Jahres 1989 werden insgesamt 350.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Damit ist vom Tiefpunkt der Beschäftigung im Herbst 1983 bis heute die **Zahl der Erwerbstätigen um rund 1,5 Millionen gestiegen**. Mit 27,7 Millionen Erwerbstätigen befinden sich nicht nur etwa eine halbe Million Menschen mehr im Arbeitsprozeß als im letzten Beschäftigungshöhepunkt im Jahr 1980, sondern wir haben derzeit den höchsten Beschäftigungsstand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Wirtschaftsforscher weisen jedoch auch nachdrücklich auf den immer deutlicher zu Tage tretenden Facharbeitermangel hin, insbesondere die metallverarbeitende Industrie, das Baugewerbe und das Handwerk sind davon betroffen.

Der **Export** ist nach Ansicht der Wirtschaftswissenschaftler nach wie vor die treibende Kraft der Konjunktur. Im ersten Halbjahr 1989 wuchsen die deutschen Ausfuhren um rund 15 Prozent.

„Die **Anlageinvestitionen** nehmen sehr kräftig zu“, insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen ist eine Steigerung um 12 Prozent im 1. Halbjahr 1989 gegen-

über dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. „Geradezu boomartig nimmt die Nachfrage nach Erzeugnissen des Maschinenbaus zu. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist die sehr hohe Auslastung der Produktionskapazitäten in wichtigen Bereichen.“

Das **Preisklima** — so die Wirtschaftsforscher — hat sich, anders als vielfach befürchtet, im Verlauf des Jahres **nicht weiter verschlechtert**.

Ausblick 1990

Die gute Konjunktur wird auch im nächsten Jahr andauern. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren ein **Wirtschaftswachstum von 3 Prozent**. „Die reale Warenausfuhr wird im nächsten Jahr weiter deutlich zunehmen“ — so die Forscher weiter. Auch die Nachfrage nach Investitionsgütern wird im nächsten Jahr aufwärtsgerichtet bleiben. Die 3. Stufe der Steuerreform 1990 verheißt den Unternehmen verbesserte Absatzausichten im Inland, zudem sorgt die bevorstehende Vollendung des Europäischen Binnenmarktes für eine Stabilisierung der Investitionsneigung. Die Wirtschaftsexperten sehen daher im nächsten Jahr einen Anstieg der **Ausrüstungsinvestitionen um 6 Prozent** voraus. Die **verfügbaren Einkommen** werden um **rund 7 Prozent** ansteigen, dies wird insbesondere durch die zum 1. 1. 1990 in Kraft tretende 3. Stufe der Steuerreform erreicht.

Auch auf dem Arbeitsmarkt ist eine weitere Entlastung in Sicht. „Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird 1990 ähnlich stark zunehmen wie in diesem Jahr, nicht zuletzt, weil die Kurzarbeit auf einen sehr

Wichtige Termine:

Rentenseminare

Die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Hermann-Ehlers-Stiftung bieten Seminare zu dem wichtigen Reformthema Renten an. In zweitägigen Veranstaltungen werden Grundlagen und Zielsetzung des Rentenreformgesetzes vermittelt. Dabei soll vor allem auch die Umsetzung des aktuellen Themas Rente im Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit geprobt werden.

Die ersten drei Termine sind:

● 24./25. November 1989
im Bildungswerk Stuttgart der KAS

● 1./2. Dezember 1989
im Bildungswerk Mainz der KAS

● 24./25. November 1989
in der Hermann-Ehlers-Stiftung in Kiel

Nähere Auskunft erhalten Sie bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin, Tel. (02241) 246-0, und in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Tel. (0228) 5445 04.

niedrigen Stand gesunken und der Umfang der geleisteten Sonderschichten und Überstunden bereits relativ groß ist.“ Für 1990 rechnen die Forscher mit einem **Plus an Arbeitsplätzen von 300.000.**

Eindringlich mahnen die Wirtschaftsinstitute die Tarifpartner, in der nächsten Lohnrunde Zurückhaltung zu üben, da sonst ein beschäftigungspolitischer Rückschlag zu erwarten sei. „**Alles spricht deshalb für Tariflohnvereinbarungen, die Anschluß an die bisherigen moderaten Abschlüsse halten.**“ Ebenfalls erteilen sie verstärkten Arbeitszeitverkürzungen eine Absage, insbesondere im Hinblick auf den bestehenden Facharbeitermangel. ■

Volker Rühle:

Mehr Wohnraum für Studenten

Um die nach wie vor bestehende Wohnungsnot bei Studenten abzubauen, sind neben den Initiativen des Bundes jetzt weitere und schnelle Maßnahmen vor Ort erforderlich. Was Bundeskanzler Helmut Kohl durch seinen Aufruf an die Bürger, Wohnraum für Studenten zur Verfügung zu stellen, begonnen hat, muß von allen, die in Politik und Gesellschaft Verantwortung tragen, auf allen Ebenen fortgesetzt werden.

Wir brauchen jetzt einen Wettbewerb der guten Ideen. „Runde Tische“ an allen Hochschulorten mit Vertretern der Studentenwerke, der Wohnungsbaugesellschaften, der Vermieter- und Mieterorganisationen sollen alle Möglichkeiten prüfen, wie schnell und preiswert Wohnraum für Studenten geschaffen und zur Verfügung gestellt werden kann. Zu prüfen ist deshalb auch, wie durch Anreize die Bereitschaft der Bürger gefördert werden kann, eine Unterkunft für Studenten anzubieten.

Wir fordern die SPD auf, dafür zu sorgen, daß in ihrem Verantwortungsbereich Studenten nicht schlechter gestellt sind als in CDU-geführten Bundesländern. Während die CDU-geführten Bundesländer längst begonnen haben, den Wohnraumbau zu intensivieren, verharren SPD-regierte Bundesländer immer noch in Untätigkeit.

Bundeskabinett beschließt verbesserte BAföG-Leistungen

Das Bundeskabinett hat erhebliche Verbesserungen der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) beschlossen. Ab Herbst 1990 sollen Studierende bis zu 890 Mark monatlich erhalten; davon muß später nur noch die Hälfte wieder zurückgezahlt werden. 160.000 Studenten werden höhere Förderleistungen beziehen; weitere 70.000 Studenten, die bisher überhaupt nicht gefördert werden konnten, kommen erstmals in den Genuß staatlicher Zahlungen.

Generalsekretär Volker Rühle hat den Beschluß der Bundesregierung begrüßt und vor allem auf die Auswirkungen für die Familien der Studenten hingewiesen: „Damit wird es vielen Familien erleichtert, ihren Kindern das Studium zu finanzieren.“

Die Regelungen im einzelnen:

- BAföG soll künftig nicht mehr als Voll Darlehen, sondern zu 50 Prozent als Zuschuß gewährt werden.
- Die Einkommensgrenzen, bis zu denen BAföG gezahlt wird, werden kräftig angehoben. Beispiele: Eine Familie mit einem auswärts studierenden Kind durfte bis-

Obergrenze jetzt höher

lang nicht mehr als 4.800 Mark brutto verdienen, um BAföG beziehen zu können. Künftig wird die Einkommensobergrenze bei 6.200 Mark liegen. Bei einer Familie mit einem zu Hause wohnenden Fachoberschüler und einem auswärts untergebrachten Studenten verlagert sich die Obergrenze von 6.200 auf 8.600 Mark.

- Die Bedarfssätze werden zum Herbst 1990 um drei Prozent angehoben; der Förderungshöchstsatz steigt von 845 auf 890 Mark.
- Vielen Studenten gelingt es derzeit nicht, innerhalb der Förderungshöchstdauer ihr Examen abzuschließen. Um den Erfolg des Studiums nicht zu gefährden, wird künftig eine zusätzliche, zweisemestrige Studienabschlußförderung möglich sein.
- Der Krankenversicherungszuschlag wird von 45 auf 65 Mark angehoben.

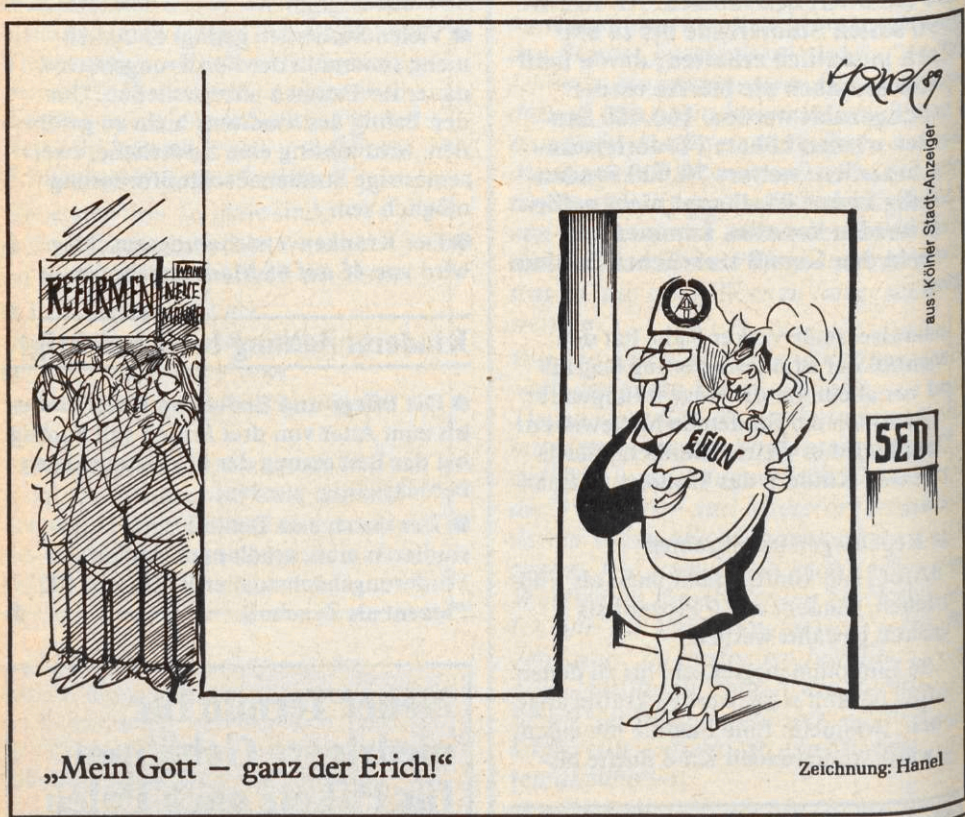
Kindererziehung berücksichtigt

- Die Pflege und Erziehung eines Kindes bis zum Alter von drei Jahren soll künftig bei der Bemessung der Förderungsdauer berücksichtigt werden.
- Wer durch eine Behinderung länger studieren muß, erhält nach Ablauf der Förderungshöchstdauer BAföG zu 100 Prozent als Zuschuß. ■

Neuer Termin für niedrigere Gebühren für Pakete nach Polen

Die Senkung der Gebühren für Pakete nach Polen, die wir im UId 31/89 mitgeteilt haben, ist nicht bereits am 15. Oktober wirksam geworden, wie es in unserem Bericht hieß. Nach einem Kabinettsbeschluß von letzter Woche wird die Gebührensenkung am 1. November in Kraft treten und bis zum 31. März 1990 gelten.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



aus: Kölner Stadt-Anzeiger

UID

34/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM, **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.